

Kriminalpolitik durch Kriminologen Ein Tagungsbericht als Einführung in das Heft

Heinz Steinert
Universität Frankfurt

Kriminalpolitik durch Kriminologen“ war Thema einer Tagung des Arbeitskreises Junger Kriminologen, die vom 23. – 25. 4. 1982 in Gelnhausen bei Frankfurt stattfand und bei der es um eine Bestandsaufnahme der „Politik der inneren Sicherheit“, den Stellenwert einer kritischen Kriminologie in dieser Situation und wissenschaftspolitische Folgerungen ging. Im Vordergrund der Diskussion standen zunächst Fragen zur Theorie der Kriminalpolitik, die von Nils Christies Buch „Limits to Pain“ aufgeworfen worden waren und aus unterschiedlichen, zum großen Teil in diesem Heft dokumentierten Perspektiven teils freudig, teils skeptisch erörtert wurden. Im zweiten Teil der Tagung ging es dann vor allem um den Entdeckungs- und Verwertungszusammenhang kriminologisch-kriminalpolitischer Forschung anhand konkreter Beispiele. Gerade die Stärke abolistischer Positionen, die manchmal den Eindruck erweckte, als sei die kritische Kriminologie nun doch im Begriff, die häufig eklektische Institutionenkritik in eine Strategie zur Aufhebung des Rechtszwangs einzubinden, regt mich an, einige Diskussionsstränge zu reflektieren.

Rückblickend auf die erfreuliche, weil erstaunlich gelassene und geduldige Diskussion scheinen es mir zwei (verbundene) Themen zu sein, die unsere Arbeit strukturiert haben: Wer sind die unter heutigen Bedingungen relevanten Adressaten von kriminologischer Forschung und welche Beziehung haben wir zu ihnen? Und: Welche Folgen hat das für die Form unserer wissenschaftlichen Arbeit? Zumindest implizit schwingt dabei eine Einschätzung der gesellschaftlichen Widersprüche mit, die Kriminalpolitik ihre Möglichkeiten und Begrenzungen liefern.

Die Auseinandersetzung mit Nils Christie's abolistischem Programm hatte das Thema für mich so gesetzt: Bedenkenswert ist die heute nicht mehr übersehbare Tatsache, daß Konflikte aller Art gesellschaftlich bearbeitet werden, ohne daß das strafrechtliche Programm dazu bemüht würde, daß außerdem Subkulturen an Bedeutung gewinnen, die

explizit diesen staatlichen Eingriff ablehnen und ihn zu unterlaufen versuchen. Bedenkenswert ist ferner die korrespondierende Tendenz, die (vor allem, aber nicht ausschließlich) staatlichen Kontrollen zu verfeinern, „vorzulagern“ und weiter zu verallgemeinern, eine Tendenz, die in der BRD besonders auffällig verbunden ist mit der zweiten, gelegentlich in militaristischen Shows die Muskeln spielen zu lassen, um sich selbst und anderen Entschlossenheit und Stärke zu demonstrieren (wie im Zusammenhang mit Terrorismus, Häuserbesetzungen und um sich greifenden Bürgerinitiativen – symbolisiert in Ereignissen wie Brokdorf und Startbahn West – beobachtbar).

Der von Sebastian Scheerer behauptete polit-ökonomische Hintergrund der Analyse von Nils Christie wie meiner Tendenz-Skizze scheint mir in einer Spaltung des Arbeitsmarktes zu liegen, die sich zu einer Spaltung der Gesellschaft vertieft und die mit der Kapitalstrategie der Internationalisierung verbunden ist, die seit den wirtschaftlichen Krisen der 70er Jahre immer dominanter wird. Die Weltmarktkonkurrenz mit ihren Zwängen zur technischen und organisatorischen Rationalisierung und zur Ausnützung der internationalen Arbeitsteilung hat intern zunächst schlicht Arbeitskräfteüberschuß zur Folge, mit einer entsprechenden Schwächung an Durchsetzungsfähigkeit für die organisierte Arbeiterschaft und mit der ebenfalls entsprechenden „Finanzkrise des Staates“ (die im Klartext heißt, daß gegenüber den unabweisbaren Anforderungen zur Subventionierung der Kapital-Unternehmungen die Subventionen der Arbeitskraft zurücktreten müssen). Diese Schwächung der Position der Arbeiterschaft heißt auch, daß in dieser interne Konkurrenz virulenter wird, wovon ein für uns besonders relevanter Aspekt die „Aufkündigung des Generationenvertrags von oben“ ist, die Verschlechterung der Ausbildungs- und sonstigen Lebensbedingungen der Jugendlichen zugunsten einer Unterstützung der Älteren. Dieser Situation der „gespaltenen Gesellschaft“ entspricht eine Kontrollpolitik, in der insgesamt die Bemühungen um Wiederherstellung der Arbeitskraft, um Re-Integration in den Arbeitsmarkt an Gewicht verlieren gegenüber einer bloßen Verwaltung und Eingrenzung der an den Rand Gedrängten (deren Zahl zunimmt). Dieser Situation entspricht auch der Doppelcharakter der Kontrollpolitik, in der auch die Verfeinerung (durch Sozialarbeit und Therapie) nach wie vor ihren Platz hat, nun aber weniger in den Dienst von „Re-Sozialisierung“, dafür aber mehr in den von „Prävention“ und Überwachung gestellt wird. Das schließt sich dann geschmeidig mit dem gelegentlichen Vorzeigen (und nicht nur Vorzeigen) des dahinterstehenden Knüppels zusammen, womit für jeden etwas geboten wird: die „sanfte Kontrolle“ (sofern unter der Drohung

der Arbeitslosigkeit nötig) für die „Kerngruppen“ der Arbeiterschaft (in Italien schon länger als „garantiti“ von dem breiten Rand der „non-garantiti“ unterscheiden), die Prävention für die Randgruppen und die Überwachung für alle.

Auf einem Hintergrund dieser Art, denke ich, haben wir über Kriminalpolitik diskutiert und auf einem solchen Hintergrund bekommen die Ausführungen von Nils Christie erst ihre Schärfe und – wie ich glaube: bewußte – Blauäugigkeit. Dementsprechend war auch schon in der Generaldebatte deutlich, daß die Kritik der Therapie bei uns durchaus nicht den Konsens findet, den sie in Skandinavien zu haben scheint. Das Programm der Re-Sozialisierung ist durchaus nicht am Ende, wenn man sich an den Bedürfnissen der Kerngruppen der Arbeiterschaft orientiert, deren Qualifikationsbedürfnisse (die sog. extra-funktionalen Fähigkeiten unter „Qualifikation“ mit verrechnet) unter dem Druck der drohenden Arbeitslosigkeit eher zugenommen haben. Ferner ist am Einzelfall immer wieder das Ausmaß an seelischem Leid beeindruckend und bedrückend, dem möglicherweise durch Formen von Therapie abgeholfen werden kann. Für mich war daher als Zwischenergebnis der Diskussion die mögliche Konsensformel wichtig, die sich herauskristallisierte: Es ist genau zu differenzieren zwischen Therapieangeboten, von denen es in unserer durchtherapeutisierten Gesellschaft wenn schon dann auch für die Benachteiligten und Ausgegrenzten genug geben sollte, und den Therapiezwängen, unter die letztere gern gestellt werden.

Das ergibt auch schon ein erstes Stück von Klärung der Adressatenfrage: Auch in den Kontrollapparaten selbst finden sich bei genauer Analyse Positionen, die nicht ohne kriminalpolitischen Impetus sind. Ihnen ist, nicht nur im Therapie- und Knastbereich, von dem bisher die Rede war, sondern auch in dem der Gerichte, offenbar am besten mit einer Form von Forschung gerecht zu werden, die in unserer Diskussion am deutlichsten durch die Unternehmungen exemplifiziert wurde, über die Christian Pfeiffer berichten konnte: durch Wissenschaft begründete, gestützte, auch initiierte und jedenfalls begleitete Experimente auf lokaler Ebene, die bei Erfolg und entsprechender Bekanntheit verschiedene „Sogwirkungen“ entfalten können, nicht zuletzt sogar auf der legislativen Ebene. Eine solche Konzentration auf lokale Möglichkeiten und Randbedingungen ist auch deshalb interessant, weil man hier Besonderheiten, Varianten, Abweichungen vorfinden kann, die den „großen“ Tendenzen der Kontrollpolitik aufgrund welcher personeller und sonstiger Zufälle immer sich entziehen und damit sinnvolle Arbeit auch in Zeiten zulassen, in denen einem

insgesamt der Wind ins Gesicht bläst. Dazu kommt, daß man hier die Aktion wie ihre Ergebnisse noch einigermaßen überschauen kann, während man sonst dauernd in der Verlegenheit ist, die eigenen Strategien ohnehin nur ungefähr steuern zu können, über ihr Ergebnis aber gar nichts Sicheres aussagen zu können, weil sich ob der Komplexität der Verhältnisse Ursachen praktisch nicht zuschreiben lassen. (Damit dürfte es übrigens zu tun haben, daß in den Berichten über kriminalpolitisch orientierte Unternehmungen Mißerfolgsmeldungen so dominieren: Man kann sich einen Fehlschlag leichter zuschreiben, hat auch mehr Grund, über seine Ursache nachzudenken.) Diese gewisse Überschaubarkeit ermöglicht auch die Formulierung einiger wahrscheinlich verallgemeinerbarer Regeln, die solche Experimente einhalten müssen, um nicht an der „Praxis“ zu scheitern: Die „Praxis“ muß schon an der Konzeptionsphase des Projekts beteiligt sein, sonst fühlt sie sich instrumentalisiert und entwickelt Abwehrtaktiken (heißt mit anderen Worten: man kann vielleicht Ideen austreuen, aber letztlich muß die Initiative aus der „Praxis“ selbst kommen). Auch Sichfinanzieren-Lassen ist ein wichtiges Mittel, um solches Engagement herzustellen, und wenn es nur ein symbolischer Beitrag ist. Hierarchische Organisationen können nur kontrollierend arbeiten, daher muß man vorrangig alles unterstützen, was zu ihrer Dezentralisierung beitragen kann. Solche Erfahrungsregeln, von denen man noch einige mehr hätte sammeln können, ließen sich auch als Sätze einer Theorie der Kriminalpolitik verstehen.

Konkreter stand eben diese Frage auf der Tagesordnung im Versuch der Klärung unseres Verhältnisses zur „Alternativkultur“, das aus verschiedenen Gründen wichtig ist: Zunächst konstituieren die in der „Alternativkultur“ entwickelten Lebensweisen die Antwort auf die eingangs im Anschluß an Christie analysierten gesellschaftlichen Widersprüche, die das abolistische Programm zu mehr als einer idealistischen und moralistischen Konstruktion macht. Zum zweiten kommen von dort auch konkrete Anstöße zum Überdenken unserer Position als Sozialforscher, etwa in der Erscheinungsform von Widerstand gegen Forschungsprojekte, wie im Fall des von Karl Schumann geleiteten Generalpräventions-Projekts, über das berichtet wurde. Die ziemlich grundsätzliche Forschungsfeindlichkeit, die da sichtbar wird, irritiert viele von uns freilich ebenso grundsätzlich, so daß die Folgerung, dergleichen müsse eben durchgestanden werden, recht verständlich ist. Im konkreten Fall wurde auch der Vorwurf, es gehe bei dem Projekt um eine Art von Bspitzelung der Jugendlichen, mit einer Verschärfung der Prozeduren zum Schutz der erhobenen Daten vor personalisierten Zugriffen beantwortet, ansonsten aber in der Tat „durchgestanden“: Der Ar-

beitsplan insgesamt blieb unangetastet. Ich erinnere nun nicht, ob im konkreten Fall auch nach noch gründlicherer Sicherung der Individualdaten vor möglichen illegitimen Zugriffen noch der Vorwurf erhoben wurde, solche Forschung sei darüber hinaus in ihren möglichen Konsequenzen gefährlich, aber jedenfalls wurde das Projektteam zu solchen weitergehenden Überlegungen angeregt. Information über die Unwirksamkeit von Kontrollen kann immer auch für Überlegungen nutzbar gemacht werden, wie man die Kontrollen in der Hoffnung, daß sie dann doch wirksam werden, verschärfen könnte – was sicher nicht im Sinne der Erfinder ist. Als möglicher Schutz gegen dergleichen wurde kurz das Nicht-Veröffentlichen von Ergebnissen diskutiert und mit einigem Konsens als privatistische und unpolitische „Lösung“ zurückgewiesen, die eine Art „Zensur von der anderen Seite“ darstellen würde. Wenn man aber auch die verbleibende eigene Beunruhigung ernst nimmt, die nicht zuletzt darin besteht, daß man genau von denen angefeindet wird, mit denen (oder eben doch „für“ die?) man mit einem solchen Projekt etwas tun will, dann zeigt sich, daß jedenfalls ein Teil des Problems schon im Format der Repräsentativerhebung liegt, das es unmöglich macht, die Beziehung zu den Befragten herzustellen, die man bräuchte. Es ist unmöglich, eine Zusammenarbeit mit „der Jugend“ herzustellen. Die Repräsentativerhebung wiederum braucht man aber, weil in der öffentlichen Diskussion anders erhobene Daten weniger Gewicht haben. Und diese öffentliche Diskussion wird es geben, weil andere Arbeitsgruppen mit weniger Problemen der hier diskutierten Art an Erhebungen zur Generalprävention tätig sind, man daher voraussehen kann, daß die Notwendigkeit zur Beteiligung an dieser Diskussion auftreten wird, und man daher mit einer entsprechenden eigenen empirischen Basis ausgestattet sein möchte. Das Problem liegt also auch darin, daß man gezwungen ist, defensiv zu arbeiten – was ein beachtliches Maß von Anpassung an die Vorgaben durch die, die offensiv vorgehen, mit sich bringt. An dieser Stelle wird nochmals mit aller Schärfe die enge Verzahnung zwischen Kriminalpolitik und Forschungspolitik deutlich: Wir müssen als Voraussetzung für die Möglichkeit, der Sache angemessen wissenschaftlich tätig werden zu können, die Kritik an den Grundlagen der empirischen Sozialforschung wie an den Formen ihrer politischen Benützung vorantreiben. Wir müssen die Politik kritisieren, um sinnvolle Wissenschaft betreiben zu können, und wir müssen die Wissenschaft kritisieren, um dieser kritisierbaren Form von Politik ein Stück ihrer wissenschaftlichen Unterstützung zu entziehen. Am konkreten Beispiel wird auch deutlich, daß die Irritation auf der Methodenebene nicht durch den Übergang zu den berühmten qualitativen Methoden zu beheben ist – für sie gilt das Argument mit dem „Bespitzeln“ möglicherweise

noch mehr als für die bürokratisch anonymisierbare quantitative Erhebung. Vielmehr geht es um eine andere Beziehung der Forschung zu den Befragten und sonst Beforschten, um eine Produktion von Wissen im Interesse derer, auf die sich dieses Wissen bezieht. Dazu wurde als Beispiel eine Arbeit über Motorrad-Klubs berichtet, in der diese an einer adäquaten öffentlichen Selbstdarstellung interessiert waren und daher die Forschung unterstützen. Für eine Arbeit *mit* Jugendlichen etwa ist daher die Existenz entsprechender Gruppen von Jugendlichen Voraussetzung, mit denen man überhaupt Kontakt aufnehmen kann. Forschungstechnisch könnte das heißen, daß man Erhebungen, die Jugendliche betreffen, mit solchen Gruppen durchführt und dabei etwas Besseres als die herkömmliche Repräsentativität dadurch erhält, daß man sich um die Teilnahme verschiedener Gruppen bemüht, die sich nach den theoretischen Annahmen in Bezug auf die untersuchte Variable (also etwa: Beeinflußbarkeit durch generalpräventive Mechanismen) möglichst extrem unterscheiden. Wenn man sich durch Kritik und Abwehr, die man etwa aus der „Alternativkultur“ erfährt, hinreichend beeindrucken läßt, hat man im glücklichen Fall (den niemand garantieren kann) also nicht nur einen kriminalpolitischen, sondern zusätzlich einen wissenschaftlichen Gewinn, weil man zu methodischer und theoretischer Phantasie veranlaßt wird.

In der gesamten Diskussion war zwar die Legitimität von Versuchen, sich mit seiner Forschung an der „öffentlichen“ Diskussion zu orientieren, grundsätzlich unbestritten, insgesamt waren aber die einschlägigen Berichte eher Berichte über Schwierigkeiten, wenn nicht Fehlschläge. Das gilt auch für das von mir berichtete Terrorismus-Projekt, dessen Wirksamkeit vor allem darunter litt, daß in der Zeit seiner Bearbeitung das Thema an Aktualität verlor (was man auch wiederum nicht uneingeschränkt bedauern kann). Hier ging es um die Aufklärung der spezifisch bundesrepublikanischen Entwicklung zum „linken“ „Terrorismus“ mit Hilfe eines Vergleichs mit anderen europäischen Ländern, also um eine Beteiligung an der wenig erfreulichen „Terrorismus-Diskussion“, die tatsächlich u. a. eine Offensive gegen alle war, die als „geistige Wegbereiter“ und „Sympathisanten“ oder zumindest als „Verharmloser“ bei dieser Gelegenheit getroffen werden konnten. Die konkrete Problematik – aber auch Chance – des Projekts lag u. a. darin, daß es im Rahmen einer vom Bundesministerium des Innern (BMI) einberufenen Wissenschaftler-Kommission lief und damit von allen Ängsten und Verdächten beschwert war, die man in diesem Kontext bekommt. Immerhin war die Unbeschränktheit der Publikation dadurch einigermaßen gesichert, daß sich das Projekt im BMI im Rahmen einer Abteilung für Öffentlichkeitsarbeit abspielte.¹ Ich habe die politischen

Kalküle, die unserer Einschätzung nach bei der Initiierung dieses Projekts wichtig waren, bereits in einem Aufsatz dargestellt und will sie daher hier nicht wiederholen.² Die Frage der Adressaten war in diesem Projekt vergleichsweise leicht zu beantworten: Wir fühlten uns als wie immer „Intellektuelle“ in dieser „Terrorismus-Diskussion“ betroffen und zumindest potentiell bedroht und wollten für uns und uns Ähnliche Klarheit gewinnen und die Argumente ordnen und die Entwicklung verstehbar machen. Wie die Sache lief, waren wir, wie gesagt, nicht schnell genug, um die Diskussion, die bei Beginn des Projekts lief, noch zu erreichen und können jetzt allfällige Wirksamkeit bestenfalls für die „Aufarbeitung“ in kleineren Öffentlichkeiten, etwa in Schulen und in der Erwachsenenbildung erwarten. Was das unterm Strich wert ist, läßt sich überhaupt nicht abschätzen.

Insgesamt blieb in unserer Diskussion eher eine große Ratlosigkeit übrig, was die Beteiligung an Debatten in der „großen Öffentlichkeit“ betrifft, auch viel an fundierter Skepsis darüber, ob diese Ebene der Kriminalpolitik den Aufwand wert ist. Aber kann und soll man deshalb diese ganze kaputte „Öffentlichkeit“ einfach aufgeben und anderen überlassen? Muß man nicht doch, wo man die Möglichkeit dazu hat, zumindest den Dissens zu Protokoll geben?

In der Diskussion schien mir insgesamt eine Präferenz für die überschaubaren, „kleinen“ Projekte auf zunächst lokalen Politikfeldern übriggeblieben zu sein. Schon sie sind kompliziert genug und stellen genug Herausforderungen an unsere theoretische und methodische Phantasie, die soziale Kompetenz nicht zu vergessen. Das erscheint mir im Rückblick ganz hoffnungsvoll: Es könnte gut sein, daß viele „lokale“ Experimente in der Summe viel mehr bringen als „flächendeckende“ Unternehmungen auf einer Politikebene, deren Relevanz für den konkreten Ablauf der Dinge oft genug hinreichend fraglich ist.

Nicht ganz überraschend blieben wir also in der Diskussion beider anfangs genannter Themen in der Konstatierung von Ambivalenzen stecken. Ich halte das für einen nicht unwichtigen Beitrag auch zu der Theorie der Kriminalpolitik.

Anmerkungen

(1) Dieser Satz wurde im Frühjahr 1982 geschrieben.

(2) Vgl. Kriminalsoziologische Bibliografie, Heft 32–33/1981, S. 56–88, insbes. S. 78ff.